



Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das 'Wirtschaft' erscheint an jedem Wochentag ausgenommen die Sonntage... Halle'sche Neueste Nachrichten... Druckerei: Druckhaus Rudolf Gröner, Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Im Reichsausschuss des Reichstags erklärten die Vertreter Sachsens und Braunschweigs, daß die ebenfalls die mit ihren ehemaligen Landesherren getroffene Vermögensänderung als einseitig anzusehen. Auf Württemberg steht eine Einmündung des Reiches entschieden ab. Die Verhandlungen über die Vermögenszusammenarbeit in den einzelnen Ländern gehen weiter.

Im Anspruchs Reichslagsausschuß wurde gestern die Berufung des Leipziger Privatdozenten Dr. Strauß in Abganz besprochen. Dr. Strauß erklärte, daß der Ausschuss die Berufung nicht ablehnen dürfte, unter allen Umständen das Leben des Reichstags zu sichern.

In Berlin fanden gestern Abend wieder acht kommunalpolitische Massenveranstaltungen statt. Sie nahmen nach wie vor den Kampf um die Reformen an für die Aufnahme von Frauen in den Betrieben für politische Arbeiter.

In der gestrigen Generalversammlung der Kreuzzeitung A. G. wurden die Differenzen mit der Firma Dito Stollberg, Kommanditgesellschaft, durch einen Vergleich aus dem Wege geräumt. Es wurde ferner beschloffen, daß die Kreuzzeitung A. G. mit der Deutschen Anzeigengesellschaft eine Interessengemeinschaft eingeht. Die Selbstständigkeit der beiden Blätter bleibt bestehen.

Kauf der 'Kaffee Woll' ist in der Stammballett-Kriege des jugendlichen Ordens eine Spaltung erfolgt. Die meisten Großmeister dieser Stammballett sind einer Entlassung begetreten. In der es heißt, daß die weltliche Herrschaft der jugendlichen Ordens loslasse. Begründet wird der Austritt mit der Unvereinbarkeit des weltlichen Berufs mit dem Ordensleben.

Wie in holländischen politischen Kreisen vermutet, haben sich für die Lösung der Rabinetstafel neue Schwierigkeiten ergeben, die dazu führen können, daß Dr. Hofer den von der Königin empfangenen Auftrag zur Rabinetsbildung wieder zurückgibt.

Der belgische Kriegsminister hat seine Demission eingereicht. Das Kriegsministerium soll bis auf weiteres von dem Landesverteidigungsminister verwaltet werden.

Das österreichische Kabinett Kamel ist gestern zurückgetreten.

Die italienische Schuldenkommission unter Führung des Finanzministers Colpi ist in London eingetroffen. Man erwartet gleichzeitig politische Verhandlungen von großer Bedeutung.

Der englischen Unterabteilungskommission für die Lage des Kohlenbergbaus wurden gestern die Vorläufe des Bergbauvertrages vorgelegt. Es wird eine vollständige wirtschaftliche und technische Umformung des Bergbaus und seine Überführung in das National-eigentum angestrebt. Besonders Gewicht wird auf die Gewinnung elektrischer Kraft und die Ausnutzung der Nebenprodukte der Kohle gelegt.

Die unvollständige (konkrete) Londoner 'Wortingspok' beschäftigt in einem Pariser Zeitung die Notwendigkeit der Bereinigung der Wirtschaftsentwicklung um zunächst drei Monate. Der Einbruch seit dem Japan aus, daß unter Bedingung auf die nächste russische Zustimmung die Gewässer der Wirtschaftsmöglichkeiten zurück für nicht tauglich hält.

Wenn auch Japan nicht alles gut ist. Viel weiter her konnten die eben Altitäten den gewürdigten Vertragsgovernor beim besten Willen nicht holen.

Der neue englische Vertrag mit dem Irak, der eine Laufzeit von vierzig Jahren hat, soll, ist am 13. Januar von den britischen Vorkriegsmilitären im Irak und dem Premierminister des Irak unterzeichnet worden. Der Vertrag wird dem Parlament des Irak unterbreitet werden.

Die Londoner 'Times' melden aus Schanghai das Wiederaufleben der innerchinesischen Kämpfe. General Li Tsüngh Lin, der von Feng bei Diensten geschlagene Anhänger Tsingtao's, hat mit 75.000 Mann neuer Truppen nur noch drei Tagesmärsche von Tientsin.

Im amerikanischen Senat griff Borah wieder einmal die Politik an, dem Weltgeltigkeit beizulegen. Dies würde nach seiner Meinung die Vereinigten Staaten in die politische Anhänglichkeit Europas hineinziehen.

Fortschritte bei der Regierungsbildung.

Gestern mittag haben die Befürworter des Reichstags Dr. Luther mit den Führern der Mittelpartei, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung, Bayerische Volkspartei, Demokraten, im Reichstagsgebäude begonnen. Um 12 Uhr empfing der Reichstagspräsident den Abg. Treubach (Str.) allein. Nach einer Viertelstunde wurde der Abg. Koch-Weser (Dem.) zu der Besprechung hinzugezogen. Der Abg. Treubach (Str.) wurde daraufhin aufgeführt, ebenfalls an der Besprechung teilzunehmen, er war aber noch nicht im Reichstag anwesend.

Um 5 Uhr nahm, nahm Reichstagspräsident Dr. Luther die Besprechungen mit den Abg. Dr. Scholz (D. Vp.), Koch (Dem.) und Treubach (Str.), der zeitweise durch den Abg. Harz vertreten wurde, wieder auf.

Es wurde im wesentlichen eine grundsätzliche Einigung zwischen den Parteien, zu denen auch noch die bayerische Volkspartei hinzuzurechnen ist, erzielt. Es konnten daher schon Personalfragen erledigt werden. Dabei kam der Wunsch der Parteien zum Ausdruck, daß die einzelnen Fraktionen möglichst durch führende Persönlichkeiten in dem neuen Kabinett vertreten sein möchten.

Weiter ist eine Einigung in den Personalfragen jedoch noch nicht erzielt worden. Die Verhandlungen werden am Freitag um 12 Uhr mittags wieder aufgenommen werden. Man nimmt in Kreisen der Mitte an, daß bis 6 bis zum Freitag Abend oder spätestens bis zum Sonnabend zu einem Erfolg führen werden.

Ein Streit um die Persönlichkeit des Reichstagspräsidenten Dr. Luther hat in diesen Tagen vorgeherrschet. Dr. Luther hat sich zu dem Vorwurf geäußert, daß er nicht imstande ist, sich für die Verhandlungen zu bemühen, und dies auch jetzt dem Reichstagspräsidenten wiederholt. Wahrscheinlich wird aber noch verhandelt werden, ihm im Amte zu halten.

Aus dem besetzten Gebiet.

Der ursprüngliche als äußerster Termin für die Klärung der nördlichen Zone in Westfalen genommene 1. Februar d. J., scheint nicht eingehalten werden zu können. Die vollständige Klärung wird frühestens Mitte Februar vollzogen, die endgültige Übergabe des Gebietes wird vielleicht noch einige Tage später stattfinden. Wie es heißt, ist aus dem besetzten Gebiet keine Truppen zum 4. Februar gerückt haben sollen, während die Truppen erst am 15. Februar ihre Aufgabe beenden werden.

Die 'Times' melden: Die englische Besatzungsarmee hielt bis 31. Januar 1926 in Westfalen und besetzt, damit andere neue Zusammenstände es sich angeht, angreifen können.

Die Londoner 'Evening Times' melden aus Wiesbaden: Aus technischer Gründen würden die Besatzungsleistungen zur Ausforderung von rund 300 Privatwohnungen übergehen. Technische Gründe ist notwendig, aus technischen Gründen müßten wir Deutschen ebenfalls ganz Deutschland besetzen, damit andere neue Zusammenstände es sich angeht, angreifen können.

Aus Solingen wird gemeldet, daß die englischen Besatzungsgruppen gestern Nachmittag von der Bahn über Dölnig nach Köln abtransportiert worden sind. Die Familienangehörigen folgten mit einem späteren Zuge.

Wie wir erfahren, sind im besetzten Gebiet alle Anbahnungsberechtigungsstellen, mit dem Genehmigungsmodell versehen, von der deutschen Wehrverteilung zurückgelassen worden. Es handelt sich bis jetzt um rund 2500 Plätze. Wie groß der Nutzen ist, der die Leinwand an Wirkung ist, geht daraus hervor, daß täglich neue Anträge in großer Zahl einlaufen.

Von der Regierung in Wiesbaden wird eine mitgeteilt: Angehörige der sich immer wieder als besonderen Ausschreitungen gegen ehemalige wirtschaftliche oder angebliche Anhänger des Separatismus, sind am 11. Januar unter Verstoß des Reichspräsidenten in Wiesbaden auf dem Landratsamt ein Höchstmaß eine Sitzung mit, an der fünfzig Bürgermeister der in Betracht kommenden Gemeinden teilnahmen. Das Ergebnis der Besprechung ist die Vertagung eines weiteren Kommunalen auswärtiger Sanftiger zur nächsten Sitzung des einseitigen Politik in des Rheinlandes.

Frankreich vor einer neuen Krise.

Parlamentarismus, aber keine Taten.
Von unserem Pariser Korrespondenten.

Der Einbruch des parlamentarischen Parteiensystems, auf dem sich eine Mehrheit gegen die Beteiligung der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung gefunden hat, ist nicht mehr überraschend gekommen. Jedermann war auf diesen Ausgang vorbereitet. Wenn aber bisher die Verbände politischer Kombinationen alle Möglichkeiten eines politischen Kompromisses ergründen konnten, ist das letzte Jahr der Weilsens wertlos und die Staatsverträge des Handels erreicht hat in ihrer ganzen gefährlichen Größe. Was soll jetzt geschehen?

Beizeidenderzeit hat Briand am Samstag der sozialistischen Einigung zwischen zwei Zigarettenzügen in den Verhandlungen der Kammer durchdringen lassen, daß die Regierung in der Finanzfrage nicht die Verzögerungsgänge halten werde, sondern mit den Sozialisten nach einer Kompromißlösung suchen wolle. Einziges Wochen hat Briand beinahe vollständig geleistet, als sechs Minister, die sich den Finanzplänen Doumergs nicht fügen wollten, durch andere zu ersetzen und es damit den Sozialisten ermöglicht, nach dem Mann gesteuert wurden. Dem Einverständnis über aber von vornherein klar, daß die Gehe über eine Seite war, und daß die sechs Parteienminister, die sich der Deutung Briands anschließen wollten, genau wußten, was sich ereignen werde.

Was kommen mußte, ist geschehen. Doumer geht für die Lage sorgender vor einer unmittelbaren Heilung des Finanzsystems zu. Die Sozialisten sind die Seite links und rechts, die Mehrheit der Mehrheit besitzen und die natürliche Partei Doumerg, die in ihrem gemeinsamen entworfenen Finanzplan vereinbart werden. Die neue Regierung soll ein Gesetz über den Finanzetat und die Verteilung der Steuern an den Sozialisten.

Der 'Sieger' Doumerg verweigert demnach, das er gerne von den Sozialisten des Staats aus ein irgendeinige Übernehmen wolle und nach einer Kompromißformel leude. Wie schon im der Regierung in Wahrheit nicht geht aus den Worten Briands hervor, in der Finanzfrage sein Ultimatum der Kammer stellen zu wollen. Er will es lieber bei der bevorstehenden Beratung über die Wahlreform tun, aus seinen anderen Gründe als um der Kammer die Verantwortung für einen Sturz seines Regimes zu überlassen, die durch den Doumergsen Seite aufzuführen. Die Krise ist jedoch einmal da.

Diesem was immer wieder betont werden, daß Briand zwar ein sehr geschickter, in der geschickte Politiker des französischen Parlamentarismus ist, aber gerade in der Schwierigkeit ist unfähig für grundsätzliche Lösungen macht. Mit Geschäftlichkeit allein ist die große Finanzfrage Frankreichs nicht zu lösen, notwendig ist einigmalige Unterbrechung des parlamentarischen Systems. Von Finanzfragen wird Briand selbst sehr wenig ausgehend für sein Eintreten für Doumerg wird wohl weniger die Überzeugung von der Bortrefflichkeit seiner Wille als die alle Frankreichpolitik werden werden. Ein Briand könnte die beste in unheimliche, um der Doumergsen Seite eine Erhöhung der Militärausgaben durchzuführen, so hat er den größten Teil der Finanzparteien gegen sich. Er würde vielleicht mit Unterbrechung in der Kammer erreichen. Aber da lauert die Wahlreformfrage nach der Lösung. Und hier hat Briand wiederum die Opposition gerade der letzteren gegen sich, die überhaupt nicht die Wiedererrichtung eines Systems wollen, nach dem in jedem Kronbillen ein Abgeordneter gewählt werden soll.

Wie soll es in da herauskommen? Wenn er das Hauptgewicht auf das zweite Problem legt, so bereitet er nur wieder eine Krise. Sollte er über die Finanzfrage stellen, so geht er unterläuft aus der Krise hervor, und die Kammer ist der Sündenbock, wie für die Regierung nicht die Mittel zum Leben berechnen sollte. Bisher hat Briand nicht mehr dieses Gesicht der Politiker mal heute man diesen ersten Schritt der Politiker als abzurollen, das über lauter Lauffe und Kriegsbeispiel die eigentlichen Probleme ungeklärt hat.

Inzwischen sind wir bereits in der Mitte des Jahres und im Februar und März haben sich wieder neue Einigungsversuche für die Sozialisten. Der Regierung fehlen natürlich noch die nötigen Mittel zur Einigung, und Doumerg hat laut gesagt, er würde die finanzielle Erhaltung der Union für ein bis zwei Jahre aufbringen werde. Es ist natürlich, angesichts dessen, daß Briand die Annahme seiner Wille in so kurzer Zeit zu behaupten können in der vorangehenden Seite selbst, und man kann daher über die Möglichkeit, daß Briand mit einer weiteren Einigung der Sozialisten zu einem neuen System kommen.

Immer noch hat man den Eindruck, daß in Frankreich nicht die nötige Energie zu einem entscheidenden Schritt aufgebracht werden kann. Es ist eine Mischung aus dem Willen zu einer großen Reform, die sich durch den französischen Kapitalindustriellen ausbreiten ist, der von der Regierung eine neue Organisation im Gebiet der Wirtschaft angefordert wird mit einer neuen Reform, die immer noch über die Möglichkeit der Durchführung besteht, und immer noch kein festes

Absichten und Aussichten des neuen Kabinetts.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt:
Das neue Kabinett Luther wird sich mit programmatischen Erklärungen des Reichstags auseinandersetzen. Ein ausführliches Erörterensvotum wird nicht verfaßt. Dagegen soll eine Billigungsformel von den die Regierung führenden Parteien beantragt werden.

Da das neue Kabinett sich selbst als Kabinett der Mitte bezeichnen, so ist mit vornehmlich gehen, doch es mit verschiedenen Möglichkeiten zu rechnen hat. Der 'Vorwärts' ist heute in keinen Angriffen gegen den Kaiser Luther etwas gemäßigter geworden, ohne aber die Kampfesstellung der Sozialdemokratie gegen das neue Kabinett irgendwie preiszugeben.

Locomogel.

Konzentrierter Übergang auf Deutschland.

André Michelin, der Vorsitzende des französischen Komitees für Luftschiffahrt, schreibt in der Zeitschrift 'Chemie et Industrie' über Vorträge, die in einem allgemeinen Kongress für Luftschiffahrt, wie wir dem 'Wirtschafts-Wochenblatt' entnehmen:

Das Komitee hat es sich zur Aufgabe gemacht, an erster Stelle bei unseren Kollegen sowie in unseren Behörden, dann aber auch bei allen Ländern, die Deutschland umgeben, dafür Sorge zu treffen, daß ein allgemeines Kongress für Luftschiffahrt gegenüber Deutschland vorbereitet werden.

Sollte Deutschland einmal nicht mehr so wollen, wie Frankreich mit, so müßten die älteren Flugzeugwerke — nach einheitlichem Plan und zur gleichen Zeit — Köln, Bonn, Hamburg, München und Berlin mit Standorten bewahren.

Die Alliierten müßten sich durch eine schriftliche Umänderung verpflichten, zu diesem Zweck eine bestimmte Anzahl von Bombenflugzeugen jederzeit zur Verfügung zu halten. Ein Zoll- und Währungsvereinstimmung müßte diese Flugzeuge doppelt so stark sein, wie die des Friedens.

Nehmen wir z. B. einmal an, daß Deutschland und England es sollten ermöglichen können, 2000 Flugzeuge zusammenzubringen, wohl die 2000 sind, die es erlauben könnten, dann müßten insgesamt 4000 Flugzeuge fliegen. Hierbei bestanden gegeben werden. Diese würden sich folgendermaßen auf die einzelnen Signaturstaaten verteilen: Frankreich und England je 1200, Italien 600, Belgien 200, Polen und Tschechoslowakei je 300, Dänemark 100.

Angeklärte der einzelnen Städte würden natürlich die Städte sein, die ihren Grenzen am nächsten gelegen wären, d. h. also Dänemark würde den Kaiser Wilhelm-Kanal und Hamburg, Berlin, Dresden und Antwerpen, die sich befinden würden, Hamburg, Leipzig und Dresden usw. in besonderer Weise haben. Das Komitee wird mit allen Mitteln für den vorstehenden Plan werden und sich dafür einsetzen, daß es von den in Frage kommenden Staaten angenommen wird.

Das 'Wirtschafts-Wochenblatt' bemerkt dazu: Eine allgemeine Luftschiffahrt für das europäische Deutschland ist das Notwendigste!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



